



Protokoll

Nachhaltigkeitsstrategie Hessen

5. Sitzung des Steuerungskreises Klimaschutz und Klimawandelanpassung

7. Juli 2016, Hessische Staatskanzlei, Wiesbaden

Sitzungsleitung

- | | | |
|----|--------------|--------|
| 1. | Keul | Lena |
| 2. | Labonté | Renate |
| 3. | Dr. Sewering | Holger |

Hessisches Ministerium für Umwelt,
Klimaschutz, Landwirtschaft und
Verbraucherschutz
Hessisches Ministerium für Umwelt,
Klimaschutz, Landwirtschaft und
Verbraucherschutz

Hessische Staatskanzlei

Teilnehmerinnen und Teilnehmer

- | | | |
|-----|------------------|---------------|
| 4. | Prof. Dr. Ahrend | Klaus-Michael |
| 5. | Bell | Silke |
| 6. | Dr. Cromm | Andreas |
| 7. | Dizinger | Liv |
| 8. | Dorn | Angela |
| 9. | Dunschen | Günther |
| 10. | Eppler | Gerhard |
| 11. | Erchinger | Tanja |
| 12. | Fromm | Thorsten |
| 13. | Gerwing | Stephan |
| 14. | Grobba | Martin |
| 15. | Heindl | Martin |
| 16. | Helbig | Kornelia |
| 17. | Dr. Hemfler | Marion |
| 18. | Henschke | Christian |
| 19. | Jostes | Aneke |
| 20. | Kirfel | Jakob |

HEAG Holding AG

HKM – BNE

HMU KL V, Abt. VII

DGB Hessen-Thüringen

MdL

Handwerkskammer

NABU Hessen

Sparkassen- und Giroverband

RMV

VdW Südwest

Hessischer Städte- und
Gemeindebund

Verband kommunaler Unternehmen

MHdF

HLNUG

Uni Kassel

Vereinigung Ökologischer Landbau

Landesschülervertretung

21. Klaßen	Thomas	IHK-Arbeitsgemeinschaft
22. Koch	Wolfgang	Hessischer Bauernverband
23. Dr. Linke	Jörg	GIZ
24. Dr. Langhagen Rohrbach	Christian	HMWEVL
25. Madry	Thomas	Landkreis Marburg-Biedenkopf
26. Mävers	Claudia	DGB Hessen-Thüringen
27. Dr. Meyer	Monika	IWU
28. Nowack	Stefan	Hessen Forst
29. Proske	Ulrike	BUND Hessen
30. Christian	Raupach	Landesbeirat Holz Hessen e.V.
31. Dr. Roth	Thomas	Verband der Chemischen Industrie e.V., Landesverband Hessen GLS Bank
32. Schnitzbauer	Josef	
33. Dr. von Schnurbein	Vladimir	Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände e.V.
34. Schlecht	Michael	AG Natur- und Umweltbildung
35. Dr. Schröder- Goga	Kirsten	Regionalverband FrankfurtRheinMain
36. Schweitzer	Sandra	Hessischer Städtetag
37. Stephan	Peter	MdL
38. Dr. Terhorst	Gabriela	BUND Hessen
39. Weiß	Stefan	EKKW
40. Dr. Wincierz	Anne-Katrin	Hessisches Statistisches Landesamt

Team Geschäftsstelle Nachhaltigkeitsstrategie und Klimaschutzplan Hessen:

41. Gottschalck	Claudia	HMUKLV
42. Dr. Hey	Christian	HMUKLV
43. Martin	Marie	HMUKLV
44. Polster	Erin	Hessische Staatskanzlei
45. Dr. Rohde	Clemes	Fraunhofer-Institut
46. Schumacher	Philipp	HMUKLV
47. Stecker	Rebecca	HMUKLV
48. Tawamba Tessa	Natalie	Hessische Staatskanzlei
49. Vollmer	Anke	IFOK GmbH
50. Wiegmann	Kirsten	Öko-Institut e.V.
51. Dr. Wormer	Michael	IFOK GmbH

Gäste

52. Dude	Irina	HMUKLV
----------	-------	--------

Rahmendaten der Sitzung

5. Sitzung des Steuerungskreises Klimaschutz und Klimawandelanpassung

Termin: 7. Juli 2016, 13.00 bis 17.30 Uhr

Sitzungsort: Hessische Staatskanzlei, Wiesbaden

Moderation und Protokoll: Dr. Michael Wormer und Anke Vollmer, IFOK

Anlagen zum Protokoll:

- Anlage 01: Sitzungspräsentation

Ablauf der Sitzung im Überblick

- Begrüßung
- Einführung in Ziele und Ablauf der Sitzung
- Überblick Gesamtprozess und aktuelle Entwicklungen
- Überblick über die Maßnahmenvorschläge
 - Was hat sich seit der letzten Sitzung geändert?
- Austausch zum möglichen Umgang mit Diskussionspunkten aus der 2. Phase des Beteiligungsprozesses (*dazwischen Pause*)
- Zusammenfassung und weiteres Vorgehen
- Verabschiedung

Abb.1: Tagesordnung

Begrüßung

Dr. Holger Sewering, Hessische Staatskanzlei, und Renate Labonté, Leiterin der Geschäftsstelle der Nachhaltigkeitsstrategie Hessen im Hessischen Umweltministerium, begrüßen die Teilnehmenden zur Sitzung.

Einführung und Vorstellung der Tagesordnung

Dr. Michael Wormer, IFOK, stellt den Ablauf der Sitzung vor (siehe Seite 3). Ziele der Sitzung sind:

- Überblick über den Gesamtprozess zur Erarbeitung des „Integrierten Klimaschutzplans Hessen 2025“ geben
- Veränderungen von Maßnahmenset 1.0 zu Set 2.0 erläutern
- Diskussionspunkte aus der zweiten Phase des Beteiligungsprozesses vorstellen und Empfehlungen zum Umgang damit einholen
- Ausblick auf nächste Schritte

Rückmeldungen zum Protokoll der letzten Sitzung

keine

Überblick Gesamtprozess und aktuelle Entwicklungen

Lena Keul, Hessisches Umweltministerium, ordnet die Sitzung in den Gesamtprozess zur Erarbeitung des Klimaschutzplans ein (siehe Anlage 01, Folien 5 bis 11). Sie dankt den Teilnehmenden für die wertvollen Kommentare, die in der ersten Phase des Beteiligungsprozesses eingebracht wurden. Durch die zahlreichen Hinweise und Anregungen konnten die Maßnahmenvorschläge spezifiziert und die Qualität des Maßnahmenkatalogs weiter erhöht werden. Herr Dr. Wormer ordnet den Rücklauf (insbesondere Anzahl der Kommentare) im Rahmen der Online-Kommentierung des Maßnahmensets im Vergleich zu den Ergebnissen anderer Prozesse ein (Folie 10).

Im Anschluss stellt Frau Keul aktuelle Entwicklungen im Themenfeld Klimaschutz und Klimawandelanpassung vor (Folie 12). Bezüglich der durch die Staatskanzlei bekanntgegebenen Gründung einer Landesenergieagentur führt sie aus, dass eine Abstimmung zwischen Wirtschafts- und Umweltministerium zu der Frage erfolgt, inwieweit die Themen Klimaschutz und Klimawandelanpassung in diesem Rahmen berücksichtigt werden; die Abstimmung hat bereits begonnen. Der im Maßnahmenset 2.0 des Klimaschutzplans enthaltende Maßnahmenvorschlag NEU-SQ-04 Landesagentur für „Klimaschutz, Klimaanpassung und Naturschutz“ wird dabei ebenso einbezogen wie die hierzu im Rahmen des Beteiligungsprozesses eingebrachten Hinweise und Kommentare. Weitere Informationen zu Zeitplan, Zielgruppe(n) oder Struktur der geplanten Agentur sind noch nicht bekannt;

Außerdem begrüßt Frau Keul als neue Mitglieder im Steuerungskreis:

- Tanja Erchinger, Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen
- Julian Kirfel, Landesschülervertretung Hessen
- Ulrike Proske, BUNDjugend

Hinweise und Anregungen aus dem Steuerungskreis

- Arbeitsebene/ Kommunen bei der weiteren Ausgestaltung der geplanten Landesenergieagentur einbeziehen, um vorhandenes Wissen zu nutzen und Bedarfe abzustimmen
- In der Übersichtstabelle (Excel-Tabelle) aller Rückmeldungen des Beteiligungsprozesses aus Phase 1 zur besseren Übersichtlichkeit auf die (widerholte) Aufführung der Maßnahmenkurzbeschreibungen verzichten; optisch besser sichtbar machen, wo Einzelkommentare enden bzw. neue Kommentare beginnen

Dann bittet Herr Wormer die Sprecherinnen und Sprecher der Arbeitsgruppe, ihre Wahrnehmung des Beteiligungsprozesses zu schildern. Alle Sprecher heben die konstruktive Atmosphäre und die sachliche Diskussion hervor, auch wenn die Bewertung in manchen Bereichen unterschiedlich blieb. Die breit gefächerte Themenexpertise der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in allen Arbeitsgruppensitzungen konnte zu einer weiteren Schärfung des Maßnahmensets beitragen. Das Engagement aller Akteure war, besonders mit Blick auf den großen Umfang des Maßnahmensets, sehr hoch.

Herr Madry, der die Arbeitsgruppe 1 Mobilität gemeinsam mit Herrn Bien vom KVG Kassel als Sprecher vertritt, berichtet, dass vor allem auf die Stärkung alternativer Mobilitätsangebote sowie Unterschiede zwischen Stadt und Land noch einmal ein Fokus gelegt wurde. Der Anpassungsbereich ist in der Arbeitsgruppe 1 noch immer etwas unterrepräsentiert. Dies kann am Thema liegen, sollte aber noch einmal geprüft werden.

Frau Dr. Schröder-Goga, Sprecherin der Arbeitsgruppe 2 Energie und Wirtschaft regt eine weitere Verknüpfung (Nutzung von Synergieeffekten, Querverbindungen) und Priorisierung der Maßnahmen an; die gelungene Beteiligung der Akteure sollte in der Umsetzung des Klimaschutzplans weiter fortgeführt werden.

Herr Eppler, Sprecher der Arbeitsgruppe 3 Landnutzung, berichtet, dass weitere Anregungen zum Thema Bildung eingebracht wurden. Bei allen Maßnahmen gilt es, mögliche Konflikte mit anderen Umweltzielen, wie beispielsweise dem Schutz der biologischen Vielfalt, im Blick zu behalten.

In der Arbeitsgruppe 4 Leben und Wohnen, die ebenfalls durch Herrn Madry als Sprecher vertreten wird, wurde das Thema Bildung schwerpunktmäßig behandelt. Die Arbeitsgruppe hat in diesem Rahmen angeregt, eine stärkere Bündelung der Bildungsmaßnahmen zu prüfen. Außerdem wurden die operative Unterstützung sowie der Aufbau von Kapazitäten sowie von Fachwissen in den Kommunen angeregt, da diese eine wichtige Rolle in den Bereichen Klimaschutz und Klimawandelanpassung einnehmen. Beim Themenbereich Gebäude sollen die Zielgruppen der Maßnahmenvorschläge noch einmal geprüft werden. Eine Zusammenarbeit von Wirtschafts- und Umweltministerium bezüglich einer Landesagentur für die gemeinsame Bearbeitung der Themen Energie und Klima wurde ebenfalls von der Arbeitsgruppe bestätigt.

Weitere Hinweise und Anregungen aus dem Steuerungskreis

- Maßnahmenvorschläge, die im Rahmen der Erstellung von Maßnahmenset 2.0 aus dem Maßnahmenkatalog entfernt wurde, weil sie schon an anderer Stelle durchgeführt werden, in einer separaten Liste sammeln, um (weiter) einen Gesamtüberblick der Aktivitäten in den Bereichen Klimaschutz und Klimawandelanpassung zu ermöglichen und keine Maßnahme aus dem Blick zu verlieren
- Das Thema Bildung ist im Maßnahmenset noch nicht ausreichend repräsentiert; auch im Rahmen der letzten Sitzung des Runden Tisches Bildung für Nachhaltige Entwicklung wurde angeregt, die Bearbeitung des Themas im Klimaschutzplan noch einmal zu prüfen und deutlich zu machen, welche Rolle der Runde Tisch in diesem Rahmen einnimmt
- Auswahlkriterien, nach denen entschieden wird, welche Maßnahmenvorschläge (letztlich) vom Kabinett verabschiedet werden, transparent machen
- Online-Beteiligung bei zukünftigen Prozessen ansprechender gestalten und Maßnahmenbeschreibungen besser strukturieren (z.B. Maßnahmenziel separat aufführen)

Überblick über die Maßnahmenvorschläge – Was hat sich seit der letzten Sitzung geändert?

Kirsten Wiegmann, Öko-Institut e.V., gibt einen Überblick über den Maßnahmenkatalog (Set 2.0). Dabei geht sie insbesondere darauf ein, wie sich der Maßnahmenkatalog nach der ersten Phase des Beteiligungsprozesses weiterentwickelt hat (siehe Anlage 01, Folien 13 bis 19).

Hinweise und Anregungen aus dem Steuerungskreis

- Prüfen, inwieweit bei der nächsten Überarbeitung des Maßnahmensets (inhaltliche) Veränderungen der Maßnahmenvorschläge besser sichtbar / nachvollziehbar gemacht werden können (z.B. alte und neue Maßnahmenbeschreibung aufführen).

Austausch zum möglichen Umgang mit Diskussionspunkten aus der 2. Phase des Beteiligungsprozesses

Kirsten Wiegmann, Öko-Institut e.V., und Clemens Rohde, Fraunhofer ISI, stellen Diskussionspunkte aus der zweiten Phase des Beteiligungsprozesses vor. Hierbei handelt es sich um übergreifende Aspekte und einzelne Maßnahmen, bei denen beispielweise unterschiedliche Empfehlungen ausgesprochen wurden oder weiterer Informations- und Klärungsbedarf von Seiten des Fachkonsortiums besteht (siehe Anlage 01, Folien 20 bis 33).

Die gesammelten Kommentare und Hinweise der Teilnehmenden werden im Folgenden ohne Bezug zu Person und Institution dargestellt. Hierbei können auch inhaltlich kontroverse Aspekte nebeneinanderstehen, da im Rahmen des Beteiligungsprozesses eine Konsultation und keine Konsensfindung im Fokus steht. Zur besseren Lesbarkeit der Kommentare und Hinweise wird der Indikativ verwendet.

Hinweise und Anregungen zu Querschnittsthemen und allgemeinen, übergreifenden Aspekten

Querschnittsthema Bildung

- Die Bearbeitung von Bildung als Querschnittsthema hat sich im Maßnahmenset 2.0 verbessert, es besteht jedoch noch Nachbesserungsbedarf
- Mit Verweis auf die Einordnung von Bildungsmaßnahmen in die Kategorie „Mittelbedarf gering“ wird betont, dass auch für Bildungsmaßnahmen eine Finanzierung gesichert / bereitgestellt werden muss. Das Fachkonsortium weist in diesem Zusammenhang, auf den relativen Vergleich zu Kosten z.B. für Infrastruktur- und Energiemaßnahmen, aus dem sich die Einordnung ergibt.
- Gute Arbeitsbedingungen und ein angemessenes Einkommen von Erwerbstätigen im Bildungsbereich müssen gewährleistet werden können
- Die Verbindung von Bildungsmaßnahmen und technischen Maßnahmen wird angeregt, z.B. Zusammenlegung von Energieberatungszentrum mit Bildungsmaßnahme Lernwerkstätten
- Auf die Frage, inwieweit Bildung für nachhaltige Entwicklung bereits in den Curricula und Kindereinrichtungen verankert ist, erläutert Frau Labonté, dass dies noch nicht umfassend geschehen ist; Umwelt- und Kultusministerium sind zu diesem Thema im Gespräch

Bündelung und Verknüpfung von Maßnahmen

- Querverweise zwischen den Maßnahmen deutlich machen und Bündelungspotential nutzen
- Im Rahmen einer Priorisierung (z.B. anhand der Kriterien Wirksamkeit, Kosten) beachten, dass manche Maßnahmen nur gemeinsam ihre Wirksamkeit entfalten und in Kombination umgesetzt werden müssen

Freiwilligkeit vs. verbindliche Regelungen

- In manchen Bereichen werden Regelungen benötigt, um Verhaltensänderungen schneller /stärker vorantreiben
- Engagierte Personen und Unternehmen können sich durch feste Strukturen und Regelungen eingeschränkt fühlen → Strukturen/Regelungen sollten nicht zu früh diskutiert werden und immer der Strategie folgen
- Das Land kann als Vorbild vorangehen und sein Engagement bekannt machen (z.B. im Bereich Audit)

Beratungsangebote und -infrastruktur

- aufarbeiten, welche Angebote es bereits gibt und diese sinnvoll bündeln
- Es gibt bereits viele Angebote. Die Herausforderung besteht darin, diese in die Umsetzung zu bringen.
- Damit auch Kommunen ohne gute Ausstattung aktiv werden und Angebote nutzen, bedarf es Anlaufstellen in den Kreisen, die (auch aufsuchend) Unterstützung bereitstellen; Schulungsangebote allein reichen nicht aus
- Der Aufbau eines Kompetenzzentrums wird angeregt. Hier können sich aktive Betriebe / Unternehmen vernetzen und das Wissen für Interessierte zugänglich gemacht werden. Die Chance besteht bei diesem Ansatz insbesondere darin, dass Beratung und Betrieb nicht isoliert voneinander betrachtet werden.

Wettbewerbsfähigkeit, energieintensive Industrie

- Mit Verweis auf die Vorstudie (Seite 118) wird angeregt, im Begleittext zum Klimaschutzplan deutlich zu machen, dass nicht an einem Klimaschutzplan „gegen die Industrie“ (Wettbewerbsnachteile, Kostendruck) gearbeitet wird und inwiefern hier ggf. auch Ausnahmeregelungen vorgesehen sind.

Herr Dr. Hey, Leiter der Abteilung IV im Umweltministerium, erläutert, dass der Vorschlag geprüft wird und in diesem Rahmen ebenfalls die Chancen für die hessische Wirtschaft aufgeführt werden könnten. Herr Dr. Hey verweist darauf, dass die Vorstudie das Reduktionspotential insgesamt in den Blick genommen hat; einzelnen Maßnahmen wurden in diesem Rahmen nicht betrachtet. Bei den nun vorliegenden Maßnahmenvorschlägen des hessischen Klimaschutzplans handelt es sich primär um Maßnahmen wie Beratungsangebote und Fördermöglichkeiten; Rahmenbedingungen für die energieintensive Industrie werden auf anderen Ebenen verhandelt.

Hinweise und Anregungen zu Diskussionspunkten aus den Arbeitsgruppen

Technologieoffenheit in Bezug auf alternative Antriebstechnologien (Arbeitsgruppe 1)

- Im ÖPNV sind im Wesentlichen dieselbetriebene Fahrzeuge unterwegs. Hier gibt es möglicherweise eine Wahrnehmungsverzerrung, weil einige (wenige) alternativ angetriebene Fahrzeuge gut vermarktet werden.
- Spannend, wäre eine Betrachtung der Möglichkeiten im Bereich „alternative Antriebstechnologien“ für den Wirtschaftsverkehr
- Plausibel, alternative Antriebe wie Erdgas (aufgrund der verursachten Treibhausgase) nicht im Rahmen des Klimaschutzplans zusätzlich zu fördern, aber ggf. über andere Töpfe (z.B. Innovationsförderung)
- Realistische und pragmatische Herangehensweise bis 2025 auch im Klimaschutzplan: Erdgas zumindest mittelfristig für den Bus- und Lastverkehr dezidiert als Übergangstechnologie zulassen. Erdgas verursacht weniger Treibhausgase als Diesel; auch die notwendige Infrastruktur ist (teilweise) schon bereitgestellt. Erst ab 2050 ist eine ausschließliche Nutzung erneuerbarer Energien realistisch.

Stellung der Verkehrsteilnehmer durch Ausbau Rad, Fuß und ÖPNV/ÖV (Arbeitsgruppe 1)

- Straßen(aus)bau darf nicht beschränkt werden (siehe Koalitionsvertrag), ÖPNV kann gleichzeitig ausgebaut werden
- Teil der Investitionen für die Straße in den ÖPNV, Rad- und Fußverkehr fließen lassen → kann auch zu einer Entlastung des Individualverkehrs beitragen (Stichwort Stau)
- Studie zu Radschnellwegen zeigt: Straßen können durch einen Ausbau von Rad, Fuß und ÖPNV/ÖV auch entlastet werden, was dann wieder dem Güterverkehr zu Gute kommt
- Hinweis auf Studie von Stefan Bergheim zum Thema Lebenszufriedenheit, die zeigt, dass „die Nutzung des ÖPNV glücklicher macht als der MIV“
- Maßnahmenvorschläge zur Unterstützung des ÖPNV sind wichtig und sollten über Hessen hinaus bekräftigt werden → es muss in beide Richtungen um eine Pluralität der Verkehrsträger gehen, die auch intermodal wirkt
- Beachten, dass einige Verkehrsteilnehmer Lasten transportieren und dies mit dem Fahrrad nur bis zu einem gewissen Grad möglich ist
- zwischen Wirtschafts- und Individualverkehr unterscheiden und diese Bereiche getrennt behandeln
- Nutzung anderer Verkehrsträger (außer Auto) im ländlichen Raum muss gestärkt werden (z.B. durch Carsharing-Angebote)
- Qualität des ÖPNV im ländlichen Raum dem Niveau an die Qualität in den Städten anzupassen, kann nicht wirtschaftlich sein → Straßenausbau und Ausbau des Umweltverbunds/ Carsharing-Angebot müssen parallel erfolgen
- Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum könnte den Verkehr gerade am Morgen und am Abend entlasten → Gleichberechtigung von Stadt und Land perspektivisch in Landes- und Entwicklungspläne aufnehmen, damit auch im ländlichen Raum entsprechende Flächen ausgewiesen werden können auf denen sich Unternehmen/ Arbeitgeber ansiedeln

V-11 Nachhaltiges Mobilitätsverhalten durch Mobilitätsbildung (Arbeitsgruppe 1)

- Hier kann das Land nur den Schulträger unterstützen (siehe Ausführung zur Mittelfinanzierung)

A-04 Abfallentsorgung als Anpassungsmaßnahme (Arbeitsgruppe 2)

- Thema ist relevant, aber ggf. nicht wirtschaftlich lösbar
- Hinweis auf bestehende Lösungsansätze in Kommen (z.B. Wechselmodus Abholung Biomüll/ Restmüll, Ausstattung der Tonnen mit Chips, um Befüllung zu erkennen) → bestehende Lösungsansätze in die Maßnahmenbeschreibung integrieren, um Doppelarbeit zu vermeiden

L-12 Klimarisiko- und Optimierungskarten Forst – Verbesserte Planungsgrundlagen für neue Herausforderungen an hessische Waldbesitzer (Arbeitsgruppe 3), Vorschlag des Fachkonsortiums: Von „durchmischten Beständen“ sprechen und von der einzelnen Art abkommen?

- Um passgenau reagieren zu können, braucht es eher weniger Vorgaben. Die Förster versuchen, das Risiko zu verteilen und können sich dabei nicht nur an heimischen Baumarten orientieren, sondern müssen generelle Erfahrungen mit Baumarten (z.B. auch Douglasie) einbeziehen → „Durchmischung“ wird als Lösung mitgetragen
- Den Ausschlag sollte die Wissenschaft geben, die zeigt, was die Baumart(en) der Zukunft sind – gerade unter Klimaschutzaspekten
- Bei der Durchmischung sind Biodiversitätsverpflichtungen zu berücksichtigen und zu beachten → daher ggf. einen Anteil festlegen, z.B. 50 % nicht-heimischer Wälder.
Herr Dr. Hey weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Randbedingungen und Restriktionen bei allen Klimaschutzanstrengungen berücksichtigt werden müssen, um nicht ein Problem auf Kosten eines anderen zu lösen.

LF-05 Speicherung von Kohlenstoff in langlebigen Holzprodukten und Substitution energieintensiver Materialien durch Holz

- Prüfen, ob Substitutionseffekte von Holz erfasst sind → seit der Klimakonferenz 2015 anerkannt. Frau Keul berichtet, dass eine entsprechende Datenreihe voraussichtlich zur Verfügung gestellt werden kann; die Abstimmung hierzu läuft

Zielgruppen schärfen vs. „kompakter“ Katalog in Bezug auf Zahl der Maßnahmen und Minderungspotential (Arbeitsgruppe 4)

- zwischen „Wohnen im Eigentum“ und „Wohnen in Mietgebäuden“ differenzieren, um aus der fachlichen Sicht zu differenzieren
- Stromsparcheck (Programm des Bundesministeriums): Programm aufgreifen und eine Verstärkung prüfen (siehe Maßnahme HH-07 Landesweite Ausdehnung des Stromspar-Checks für einkommensschwache Haushalte)
- Maßnahme HH-07 wurde in der Arbeitsgruppe 4 kritisch gesehen: Einsparmöglichkeiten scheinen gering und auch das arbeitsmarktpolitische Instrument ist nicht scharf, da die Förderung selten zur Etablierung eines neuen Energieberaters führt; ggf. aber sozialpolitisch ein wichtiges Instrument

- Andere Länder sind im i Bereich „einkommensschwache Haushalte“ bereits weiter, ggf. muss das Programm noch bekannt gemacht werden

Diskussion im Spannungsbogen zwischen (a) Klimaschutz / Klimaanpassung führt zu vermehrten Regelungsvorgaben und (b) Die Maßnahmen sind zu weich, ausgeführt am Beispiel SQ-02 Verankerung von Klimaschutz und Klimaanpassungszielen in der Landes- und Regionalplanung (Arbeitsgruppe 4)

- Hinweis auf Studie des HMWVL „Simulation des flächendeckenden Kaltluftdurchflusses für Hessen“ → für Regionalpläne und Regionalteilpläne sollen hier Vorgaben gemacht werden, ggf. bis hin zum Vorrang (Ergebnisse voraussichtlich Herbst 2017) → hier wirkt das Land mit und es läuft gut
- Begriff „verbindliche Prüfkriterien“ in der Maßnahmenbeschreibung definieren und ausarbeiten
- Es wird davor gewarnt, den Kommunen zu viele Vorgaben „von oben“ zu machen
- SQ-02 betrifft vor allem den ländlichen Raum
- Flächenrecycling spielt im Ballungsbereich eine große Rolle → Die Vorgabe „verbindlicher Prüfkriterien“ sollte noch einmal geprüft werden und den Kommunen übersichtliche Beispiele präsentiert werden, was sie tun können
- Ein weiterer Leitfaden allein reicht nicht aus. Fortschritte kann es in den Kommunen nur geben, wenn es gelingt die Entscheidungsträger zu überzeugen, d.h. es braucht Argumente für politische Entscheidungsträger → Bewusstsein für das Thema ist wichtiger als eine weitere Informationsbereitstellung
- Kommunale Planungshoheit wird bereits durch andere Vorgaben, z.B. das Baugesetzbuch, die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs beschränkt → Kommunen können nicht beliebig planen, sondern müssen sich an Vorgaben orientieren; es ist jedoch ein Vollzugsdefizit gegenwärtig, dieses sollte weiter abgebaut werden. Dafür sind auch weitere (teilweise bereits verfügbare) Finanzmittel notwendig, die aber auch akquiriert werden müssen
- Es fehlt eine Übersetzung in Planungskategorien → ein Planer braucht immer eine Übersetzungshilfe, Zahlenvorgaben allein reichen nicht aus. In diesem Rahmen wird auf das Projekt Klimapax Wiesbaden 1 hingewiesen. In dem Projekt wird eine Übersetzung in planungsrelevante Kategorien versucht; diese müsste auch in der Maßnahme ergänzt werden

Zusammenfassung und weiteres Vorgehen

Herr Dr. Hey weist auf die mit dem hessischen Klimaschutzplan verbundenen Chancen hin. Er bezeichnet den Beteiligungsprozess als neues gelungenes Instrument, das Lernprozesse ausgelöst und zur qualitativen Schärfung des Maßnahmenkatalogs beigetragen hat.

Er erläutert, dass das Ministerium die Anregung aufgreifen wird, den Mitgliedern aus Steuerungskreis und Arbeitsgruppen, auch das Maßnahmenset 3.0 noch einmal zukommen zu lassen und auf dieser Grundlage ein abschließendes Stimmungsbild zu den Maßnahmen einzuholen; dieses geht als weitere Informationsgrundlage mit in die Ressortabstimmung ein. Außerdem wird das Fachkonsortium als weitere Entscheidungsgrundlage auf Grundlage der Bewertungskriterien eine Priorisierung der Maßnahmen vornehmen

Herr Dr. Wormer skizziert das geplante Vorgehen zum Einholen des Stimmungsbilds in Steuerungskreis und Arbeitsgruppen, das (analog der Online-Kommentierung des Maßnahmensets 1) im Mitgliederbereich der Internetpräsenz zum Klimaschutzplan erfolgen wird:



Auswahl von jeweils (bis zu) 10 Maßnahmen aus den Bereichen Klimaschutz und Klimawandelanpassung durch Steuerungskreis und Arbeitsgruppen, die eine hohe Bedeutung haben und schnell in die Umsetzung gehen sollen, weil die Vorschläge z.B....

- eine hohe Wirkung entfalten
- eine gute Kosten-Nutzen-Effizienz aufweisen
- eine zentrale Herausforderung angehen und einen Hebel an der richtigen Stelle ansetzen
- eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz besitzen
- einen Beitrag dazu leisten, dass Hessen im Bereich Klimaschutz/Klimawandelanpassung eine Vorreiterrolle einnimmt
- Innovationen vorantreiben und damit Hessens Wettbewerbsfähigkeit stärken

Außerdem ist eine Kennzeichnung von Maßnahmen möglich, deren Umsetzung ein Akteur/eine Institution aktiv unterstützen möchte.

Abb.: online-basierte Abfrage zum Maßnahmenset 3.0 (Einholen Stimmungsbild)

Frau Keul dankt allen Beteiligten für die produktive Zusammenarbeit. Insbesondere Synergien und Bündelungspotential der Maßnahmenvorschläge soll bei der Erarbeitung von Maßnahmenset 3.0 noch einmal in den Blick genommen werden.

Frau Keul erläutert, dass das Land auch in der Umsetzung des Klimaschutzplans weiter mit den Akteuren zusammenarbeiten möchte; auch ein Fortführen des Steuerungskreises ist angedacht – das genaue Format und die Rolle ist noch zu klären, dabei ist auch der vorgeschlagene Klimabeirat zu berücksichtigen (siehe Maßnahme NEU-Ü-01 Einrichtung eines Klimabeirates auf Landesebene). Sie bittet alle Anwesenden, sich den **18. Januar 2017** vorzumerken. An diesem Tag wird voraussichtlich die Vorstellung des verabschiedeten Klimaschutzplans und der Startschuss für die Umsetzung im Rahmen einer Veranstaltung mit Ministerin Hinz in Frankfurt ab 10 Uhr erfolgen.

Abschließend ruft sie die Steuerungskreismitglieder auf, sich am Stimmungsbild zum Maßnahmenset 3.0 zu beteiligen.

Auch von Seiten des Steuerungskreises wird die offene und freundliche Zusammenarbeit mit dem Klimareferat hervorgehoben, die eine gute Grundlage für eine gelungene Umsetzung des Klimaschutzplans bildet. Auch die fachliche Arbeit des Konsortiums, insbesondere die Bewältigung des umfangreichen Maßnahmensets in kurzer Zeit, sowie die prozessuale Begleitung wird gelobt.

Verabschiedung

Herr Dr. Sewering verabschiedet die Teilnehmenden.